

Dieter Klein

Einstiegsprojekte in einen alternativen Entwicklungspfad

1. Transformatorische Reformen über den Kapitalismus hinaus

Die Auffassung, dass die Wege zu emanzipatorisch verfassten, gerechten und zukunftsfähigen Gesellschaften in Gestalt transformatorischer Prozesse verlaufen werden, fordert der Linken weitreichende Schlussfolgerungen für die gegenwärtige Politik ab. Eine der Schlussfolgerungen ist die der Überwindung des alten Gegensatzes von Revolution und Reform.¹ Von einem Teil der alternativen Kräfte wird auch heute noch ein Politikkonzept vertreten, dass von der Annahme ausgeht, dass grundlegende Verbesserungen für die Armen und Ausgegrenzten dieser Welt, die Hungernden und Arbeitslosen, die Unbehausten und Analphabeten erst nach einem großen revolutionären Bruch möglich sind. Bis dahin müsse sich Politik vor allem auf den Protest konzentrieren und könne keine wesentlichen Veränderungen der Eigentums- und Machtverhältnisse der Gesellschaften herbeiführen. Eine andere Position geht davon aus, dass ein sozialer und demokratischer Zugewinn unter den gegenwärtigen Grundvoraussetzungen nötig sei. Zukunft ist nicht ohne Wandel in der Gegenwart zu gewinnen. Ein chinesisches Sprichwort lautet: „Auch ein Weg von 1000 Meilen beginnt mit einem ersten Schritt.“

Aber Reformschritte, die die Macht- und Eigentumsordnung nicht verändern und die Profitdominanz über die Gesellschaft nicht zurückdrängen, bieten keine Auswege aus sozialer Polarisierung, Arbeitslosigkeit, imperialer Politik und Eskalation von Gewalt. Mehr noch – die neoliberal und neosozialdemokratisch bestimmten „Reformen“ der jüngeren Zeit fordern der Bevölkerungsmehrheit Opfer ab, die den ursprünglichen sozialen Sinn des Reformbegriffs in das pure Gegenteil verkehren und die Eigentums- und Machtverhältnisse zugunsten des Kapitals, der Staaten des Norden, der USA verändern. Die Entgegensetzung und Trennung von Reform und Wandel revolutionärer Tiefe ist untauglich für die Lösung der großen Fragen unserer Zeit.

Progressive Reformen, die zu Verbesserungen besonders für sozial schwache Gruppen der Gesellschaft führen und solidarische Selbstbestimmung über das eigene Leben ermöglichen, müssen den Anschluss an weiterreichende Entwicklungen über die Grenzen des Kapitalismus hinaus ermöglichen, indem sie die Profitdominanz zurückdrängen, die Soziallogik gegenüber der Kapitallogik stärken, wesentliche Bereiche der Kapitalverwertung entziehen und eine umfassende demokratische Kontrolle über alle Prozesse in der Gesellschaft durchsetzen. Das ist der Maßstab, der durch das Konzept transformatorischer Prozesse gesetzt wird, die mitten in der kapitaldominierten Gesellschaft beginnen und über den Kapitalismus hinausreichen.

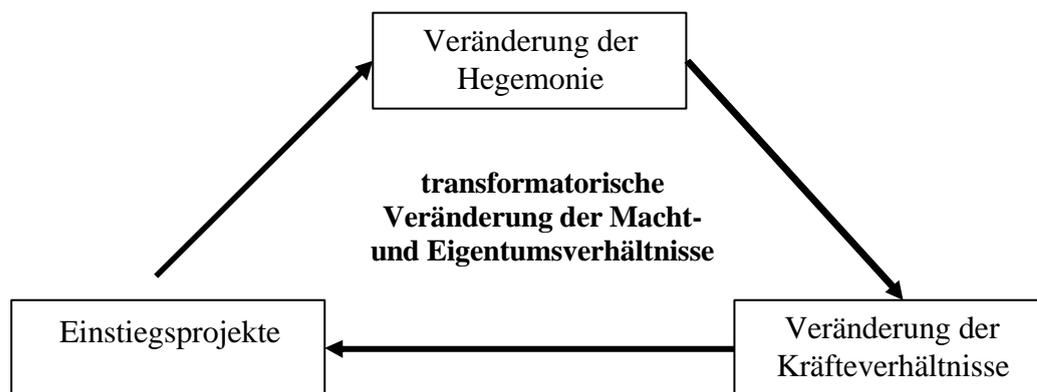
Aus der Sicht der modernen Linken geht es um die Durchsetzung von Reformen, die sich in einen transformatorischen Prozess einordnen und diesen selbst voranbringen. Um einen Prozess von Kämpfen um „mehr“ geht es – mehr Bildung, mehr Gesundheit, mehr lebenslang garantierter Einkommen. (Wallerstein, 2002: 14) Zunächst wird dieses „mehr“ häufig nur Minderung andauernder Nöte bedeuten – bis ein „mehr“ an die Richtungsänderung der

¹ Thomas Ponniah and William F. Fisher: Introduction. In: William F. Fisher & Thomas Ponniah (eds.): Another World is possible. Popular Alternatives at the World Social Forum. Nova Scotia: Fenwood Publishing 2003, p. 3, 8.

herrschenden Politik heranzuführen. Bis dieses „mehr“ erkennbar eigene alternative Qualität gewinnt, weiterer kapitalistischer Privatisierung den Weg versperrt, der privatkapitalistischen Aneignung erste Schritte der Umverteilung von oben nach unten, der Verteidigung öffentlicher Güter und der öffentlichen Daseinsvorsorge entgegengesetzt, die Mitbestimmung von „unten“ über die Haushaltsmittel von Kommunen und Regionen einleitet, imperialer Politik in den Arm fällt und die Arbeit anders organisiert als nach ihrer Unterordnung unter das Maß der Kapitalrentabilität.

Man könnte in diesem Zusammenhang transformatorische Politik als eine spezifische emanzipatorische Praxis bezeichnen, in der das „Ändern der Umstände“ und die „Selbstveränderung“ (Marx²) zusammenfallen. Es wäre eine Politik, die drei sich wechselseitig bedingende Prozesse einschließt – (1) die Veränderung der hegemonialen Struktur in der Gesellschaft, der Art und Weise, die gesellschaftlichen Konflikte wahrzunehmen und legitime wie effektive Lösungsformen zu erkennen³; (2) die Veränderung der Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft, die Formierung eines neuen historischen Blocks antineoliberaler Kräfte; (3) die Durchsetzung von Einstiegsprojekten mit einer transformatorischen Dynamik der dauerhaften institutionellen Umgestaltung von Eigentums- und Machtverhältnissen⁴. Aus dieser Triade kann eine transformatorische Dynamik entstehen, die letztlich die Vorherrschaft des Kapitals über Wirtschaft und Gesellschaft und damit den Kapitalismus überwindet (Abb. 1).

Abb. 1: Transformationsdynamik



² Karl Marx: Thesen über Feuerbach. MEW, Bd. 3, S. 6.

³ "A counter-hegemonic discourse must have a common articulation thread that can weave together disparate movements by demonstrating that their particular long-term interests can best be served by pursuing a common project. It cannot fulfil this if it is simply a resistance discourse: it constitutes a new form of radical subjectivity by demonstrating that what was previously construed as a neutral relation / of subordination, simply as horizontal difference, is really a hierarchical relation of oppression... However, a counter-hegemonic discourse also demonstrates how that hierarchical relationship can be subverted, made horizontal, by pursuing a larger collective project - that is to say, it offers a visionary discourse. It proposes a utopia." Thomas Ponniah and William F. Fisher: Introduction. A. a. O., S. 12.

⁴ Fausto Bertinotti, der Vorsitzende der Partei der Europäischen Linken, formuliert folgende Merkmale eines neuen hegemonialen Ansatzes: „Die neuen politischen Subjekte müssen in der veränderten Szenerie von drei grundlegenden Unterscheidungsmerkmalen ausgehen: 1. Frieden gegen Krieg, vor allem Präventivkrieg, 2. eine soziale Wirtschaftspolitik gegen die gescheiterte neoliberale und 3. demokratische Mitwirkung gegen die Logik, die die Demokratie zerstört“ (Interview für die Frankfurter Rundschau, Mai 2004).

Die Bedingungen für die Einleitung einer solchen Transformation sind ungünstig, vor allem mit Blick auf das Kräfteverhältnis. Erstens stehen dem die Übermacht und internationale Verflechtung der transnationalen Kapitale, die neoliberale geistige Hegemonie und die Schwäche der Linken und anderer demokratischer Kräfte entgegen. Die historischen Erfahrungen der ehemals revolutionären Sozialdemokratie und der einst tendenziell antikapitalistischen Bewegung der Grünen, die heute in Europa eine modifizierte Variante des Neoliberalismus vertreten, scheinen ein Paradigma des Unvermeidlichen zu stützen. Unvermeidbar scheint, dass Reformen, die im Rahmen des Kapitalismus beginnen, in diesem Rahmen verbleiben und schließlich in richtungskonstante Herrschaftssicherung einmünden. Weil ein transformatorischer Prozess mitten in der kapitalistisch geprägten Gesellschaft beginnt und die entscheidende ökonomische und politische Macht über lange Zeiträume überwiegend noch beim Großkapital und seinen politischen Repräsentanten liegt, ist die Folge, dass überall dort, wo alternative Kräfte über den antikapitalistischen Protest und über antikapitalistische programmatische Forderungen hinaus Realpolitik betreiben, Kompromisse kaum vermeidbar sind. Solche Kompromisse kollidieren oft mit den Erwartungen und Hoffnungen großer Teile der Bevölkerung und können leicht deren Unterstützung kosten und damit das gesamte politische Projekt zerstören.

Zweitens: Wo immer die Linke einen Zipfel der Macht erobert, geschieht dies in aller Regel dann, wenn die ökonomisch und politisch Mächtigen die Karre tief in den Dreck gefahren haben, wenn der ökonomische Handlungsspielraum extrem klein ist. Oftmals muss eine Politik der Stabilisierung und Konsolidierung eingeleitet werden, die bisherige Tendenzen der Umverteilung von unten nach oben zunächst verstärkt oder zumindest nicht umkehrt.⁵ Die Folge ist die Enttäuschung vieler zu hoch gespannter Erwartungen. Auswege können überdies nur auf der Suche nach gesellschaftspolitischem Neuland und folglich nicht ohne Risiken auch für große Gruppen der Lohnabhängigen und sozial Schwächeren gefunden werden.

Drittens kommt hinzu, dass jede alternative Politik auf große Herausforderungen zukunftsfähige Antworten schuldig ist, die die neoliberale und neosozialdemokratische Politik – bedingt durch Kapitaleigentum und Profitdominanz – seit drei Jahrzehnten nicht geben konnte. Solche Herausforderungen sind die Globalisierung, globale Verdrängungskonkurrenz und Umweltkrise, die sozialen Folgen hochtechnologischer Umwälzungen, die Krise der alten fordistischen Arbeitswelt und der auf tendenzieller Vollbeschäftigung beruhenden sozialen Sicherungssysteme, die noch immer nicht gelöste Frage nach Geschlechtergerechtigkeit, die neue Stellung der USA als einzige imperiale Supermacht ohne den Gegenpol des Staatssozialismus und die Tatsache, dass sich für die meisten Länder des „Südens“ und eine Reihe östlicher ehemals staatssozialistischer Länder eine bloße nachholende Modernisierung nach westlichem Muster als Sackgasse erwiesen hat. Zukunftsfähige Antworten auf diese Herausforderungen gegen die herrschenden Machtverhältnisse zur Geltung zu bringen, erfordert schier übermenschliche Anstrengungen.

Weltweit hat sich vorerst ein neoliberaler Kapitalismus durchgesetzt. In Deutschland und in Europa insgesamt folgt die herrschende suggestive Antwort auf diese Problemlagen dem Muster des angloamerikanischen Modells. Erst müssten Löhne und Sozialstandards sinken und die Gewinne und Großvermögen durch erdumspannende Privatisierung, soziale Deregulierung und Liberalisierung wachsen, damit auf dem Weg durch ein Tal der Tränen der Standort Deutschland oder Europäische Union in der globalen Verdrängungskonkurrenz bestehen könne. Der Kardinalfehler dieser Diagnose und Therapie ist die Annahme, dass auch in großen Wirtschaftsräumen der Export die Schwächung des Binnenmarktes überkompensieren könne. Das funktioniert seit drei Jahrzehnten nicht. Die Fortsetzung dieses

⁵ Vgl. dazu die Erfahrungen der Regierung Lula in Brasilien.

Weges führt zu einem antisozialen Systembruch innerhalb der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften, der zudem das Wachstum langfristig dämpft. Dies ist der Weg weltweiter Konkurrenz in eine Abwärtsspirale von Sozialabbau und Lohndruck, bis „Arbeit billig wie Dreck“ wird (Horst Afheldt).

Gegen diesen sozial destruktiven, für die Konzentration globaler Kapitalmacht und für die Profite der Gewinner auf den globalen Finanzmärkten jedoch durchaus erfolgreichen Weg muss nun der Einstieg in einen alternativen Entwicklungspfad gesucht werden – bei vorerst andauernder Übermacht des transnationalen Kapitals und seiner politischen Protagonisten.

Die extreme Stärke der Kräfte des Neoliberalismus, imperialer Herrschaft und Neokolonialismus verdecken aber die tiefe Krise dieses Projekts seit Ende der neunziger Jahre. Es ist dies zunächst eine ökonomische Krise. Die Ergebnisse der neoliberalen Wirtschaftspolitik, soweit sie überhaupt wirklich praktiziert wurde, sind schlecht. Die wachsende Unsicherheit großer Teile der Mittelschichten und wachsende Marginalisierung und Polarisierung, die in einigen Ländern wie Argentinien fast die gesamte Bevölkerung erfasst hat, haben die soziale Grundlage dieser Politik aufgelöst und sie delegitimiert. Die antidemokratische Art der Formulierung und Implementation dieser Politik geht Hand in Hand mit ihrem antisozialen Gehalt, wodurch die Forderung nach Partizipation und Sozialisierung der Politik in den Vordergrund getreten ist. Die imperiale Durchsetzung dieser Politik hat einen Militarismus verstärkt, der mit dem Irak-Krieg in eine tiefe Krise getreten ist. Der Widerstand der globalen kapitalismus- und herrschaftskritischen Bewegungen, die großartigen Erfolge zum Beispiel der brasilianischen Volksbewegung und die Hinwendung von Teilen der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu einem klassenautonomen Standpunkt in den Kämpfen der Zeit sind Ausdruck dieser Krise des Neoliberalismus und der Formierung von Gegenkräften.

Der Widerspruch zwischen extremer Übermacht des Neoliberalismus und seiner Krise sowie der Entstehung von Gegenkräften beginnt sich in einem „Stellungskrieg“ (Antonio Gramsci) zu manifestieren. Der Übergang zu einer wirksamen Gegenoffensive der emanzipativen sozialen Kräfte ist noch nicht zu erkennen. Noch überwiegen die Versuche, die Gegenkräfte und ihre Bündnisse überhaupt erst zu formieren, eigene Strategien zu entwickeln, neue Kampfformen und Einstiegsprojekte auszuarbeiten und vor allem die Gegenoffensive der Kräfte des Kapitals, autoritärer Herrschaft und des Militarismus zum Stoppen zu bringen. Dies legt die Erinnerung an die Überlegung des alten Engels nahe, dass das Proletariat, „weit entfernt, den Sieg mit *einem* großen Schlag zu erringen, in hartem, zähem Kampf von Position zu Position langsam vordringen muss.“ (Engels, MEW Bd. 22: 515)

2. Anforderungen an Einstiegsprojekte in eine Richtungsänderung der Politik

Die Grundannahme, dass ein lang andauernder Prozess der Transformation vor uns liegt, dessen Ziel es ist, die Profitdominanz über Wirtschaft und Gesellschaft zurückzudrängen und emanzipative Fortschritte zu erreichen, hat in der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu Überlegungen über (Teil-)Projekte des Einstiegs in einen anderen Entwicklungsweg der Bundesrepublik und der Europäischen Union geführt.

Solche Einstiegsprojekte werden nicht an Schreibtischen und schon gar nicht in den Zentralen von Parteien oder Gewerkschaften erfunden. Sie entstehen dort, wo Menschen Widerstand leisten und ihr Leben gemeinsam mit anderen in die eigenen Hände nehmen. Aber ihre Initiativen und Bewegungen bedürfen der Beobachtung und Unterstützung auch auf theoretischer und strategischer Ebene und bei der Vernetzung zu einem größeren Strom des sozialen Wandels. In diesem Zusammenhang wird auch von einer Strategie gesprochen, die einen Keil in die Befestigungslinie des Neoliberalismus treiben soll: "The wedge strategy

allows organizations to focus on concrete, available changes in the short term, while building public opinion for fundamental changes over the long term."⁶

Aus der Sicht eines transformationstheoretischen Ansatzes werden Projekte, die erste Schritte in eine andere Entwicklungsrichtung ermöglichen, einer Reihe von Maßstäben genügen müssen:

1. Da der Ausgangspunkt jeder realistischen Alternative die akuten Widersprüche und Konfliktlinien der Gesellschaft sind, die das Leben der Bürgerinnen und Bürger unmittelbar betreffen und sie bewegen, folgt daraus: Einstiegsprojekte in einen anderen Entwicklungspfad müssen wesentliche ungelöste Probleme in der Gesellschaft betreffen. Sie müssen das Empfinden von Mehrheiten aufnehmen und Antworten auf ihre Ängste, auf ihr Verlangen nach Arbeitsplätzen, Sicherheit und Selbstbestimmung über das eigene Leben zu geben versuchen.
2. Einstiegsprojekte müssen realistisch sein, das heißt die Chance bieten, in absehbarer Zeit durchsetzbar zu sein und zu Verbesserungen für möglichst viele Lohnabhängige und besonders für sozial Benachteiligte zu führen.
3. Solche Einstiegsprojekte würden daher die Mobilisierung von potenziellen Akteuren für sozialen Wandel ermöglichen. Sie müssen geeignet sein, das in der Öffentlichkeit weit verbreitete TINA-Syndrom und das Ohnmachtgefühl zurückzudrängen, dass kaum etwas zu erreichen sei gegen die herrschende Politik. Wichtig ist das Entstehen von TAMARA-Erfahrungen in der Gesellschaft: There Are Many And Realistic Alternatives!) Empirische Untersuchungen haben ergeben, dass knapp 50 Prozent der gegenwärtig politisch kaum aktiven Deutschen von sich sagen, dass sie sich politisch engagieren würden, wenn sie mit einem Erfolg rechnen könnten.
4. Dem Gedanken eines zukunftsfähigen Wandels als transformatorisches Projekt folgend sollten Einstiegsprojekte zur Lösung gegenwärtiger Probleme die Öffnung für weiterreichende Entwicklungen erkennen lassen und zur Zurückdrängung der Kapitaldominanz, zur Demokratisierung der gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse und zur Zivilisierung von Konflikten auf der Basis der Abschwächung repressiver Elemente beitragen.

Derartige (Teil-)Projekte des Einstiegs in einen alternativen Wandel sind je nach den Bedingungen in den einzelnen Regionen und Ländern verschieden. Die Fülle der auf den Weltsozialforen ausgetauschten Erfahrungen hat das deutlich gemacht. Gleichwohl kann die gemeinsame und vergleichende Diskussion über solche Projekte sinnvoll sein – auch weil neoliberale Privatisierung, soziale Deregulierung, Liberalisierung und anschwellende Gewalt ähnliche Bedrohungen rund um die Erde bergen.

Die hier umrissenen Anforderungen an Einstiegsprojekte in einen anderen Entwicklungspfad der Gesellschaft bergen bei den gegebenen ungünstigen Voraussetzungen solchen Richtungswechsels für die praktische Politik der Linken größte Schwierigkeiten und Konflikte. Ein Beispiel dafür ist die Regierungsbeteiligung der PDS in Berlin als der kleinere Partner in einer Koalition mit der SPD. Am 22. Oktober 2001 gewann die PDS in Berlin 22,6 Prozent der Stimmen knapp hinter der SPD. In Ostberlin erhielt sie 47,6 Prozent, in Westberlin 6,9 Prozent der Stimmen. Sie konnte und wollte sich dem Wunsch der Wählerinnen und Wähler nicht entziehen, Regierungsverantwortung für eine andere Politik mit zu übernehmen.

⁶ Oxfam: Intellectual Property and the Knowledge Gap. Zitiert in: William F. Fisher and Thomas Ponniah: Part II. Overview. In: Dies. a. a. O., S. 113.

Aber als Resultat der vorangegangenen CDU/SPD-Politik ist die Stadt in Höhe von 53 Mrd. Euro verschuldet. Die auf Bundesebene beschlossenen Steuersenkungen für Unternehmen und Großvermögen beschneiden den finanziellen Spielraum auch der Länder, Städte und Kommunen. Die Bundespolitik bewirkt einen geradezu dramatischen Schub der Absenkung von sozialen Standards. Die PDS konnte in dieser Lage nicht wenige Vorhaben anderer Parteien zum Sozialabbau in Berlin verhindern. Sie hat eine Reihe sozialer Fortschritte und Innovationen gegen harten Widerstand der Unternehmerseite und der anderen Parteien durchsetzen können. Dazu gehört zum Beispiel die Bildung von Genossenschaften, die mit Unterstützung der öffentlichen Hand von bisher Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern getragen werden. Anstelle von Sozialtransfers oder Abdrängung in so genannte Ich-AGs wurde ein spezifisch linker Politikansatz, die kollektive Aneignung von Produktionsbedingungen, gewählt.

Aber der Spielraum für sozialistische Politik ist in der geschilderten Lage außerordentlich eng. Die PDS ist zu Kompromissen gezwungen. Diese schließen nicht selten größere Belastungen auch für Lohnabhängige und sozial Schwächere ein – selbst wenn sie geringer sind als sie ohne die PDS wären. Die gefährliche Folge ist, dass sie in der Öffentlichkeit von vielen als etablierte Partei wie alle anderen auch betrachtet wird. Ein Teil der kritischen Bewegungen, Initiativen und Gewerkschaftsmitglieder will von der PDS nichts wissen, weil sie nicht als Repräsentant grundsätzlicher Alternativen akzeptiert wird. Dies kann zu einer Demobilisierung oder Spaltung wichtiger Kräfte beitragen, die sich dem Neoliberalismus gegenüberstellen.

Es fragt sich also generell, *wie linke Parteien eine linkssozialistische Strategie als Maßstab für Regierungsbeteiligungen und linker Politik entwickeln wollen, die das Spannungsfeld zwischen gegenwärtig Realisierbarem und ihren antikapitalistischen Zielen öffentlich und ständig unübersehbar deutlich macht*. Regierungsbeteiligung der Linken muss einer dreifachen Aufgabe gerecht werden oder sie kann nicht begründet eingegangen werden: Sie muss hier und heute zu Verbesserungen für Bürgerinnen und Bürger und besonders für die sozial Schwächeren führen. Sie muss die sozialen Kräfte für einen Richtungswechsel in der Politik stärken. Und sie muss in ihrer Gesamtwirkung erkennbar auf die Überwindung der Profitdominanz in einen transformatorischen Prozess zielen, der die Eigentums- und Machtverhältnisse der Gesellschaft verändert. Die gemeinsame Philosophie einer transformatorischen Politik und ihrer Einstiegsprojekte ist die Aneignung der Grundbedingungen eines selbstbestimmten Lebens für jede und jeden.

3. (Wieder-)Aneignung der Grundbedingungen eines selbstbestimmten Lebens für jede und jeden

Neoliberalismus ist Politik der Enteignung, der Entmachtung, der Entfremdung, der Entzivilisierung und Barbarei. Dem muss und kann im Rahmen einer emanzipativen Transformationspolitik durch eine Politik der Aneignung, der Selbstermächtigung, der Solidarität und der Zivilisierung geantwortet werden.

Die gegenwärtige Phase des globalen Kapitalismus ist durch eine neue Welle der Ausweitung kapitalistischer Aneignung auf bisher noch nicht der Kapitalverwertung unterworfenen Ressourcen gekennzeichnet. In die Warenwelt wird einbezogen, was bisher außerhalb des Marktes und der Kapitalverwertung existierte. Ein globaler Feldzug der Enteignung zugunsten des transnationalen Kapitals findet statt. Als „Akkumulation durch Enteignung“ bezeichnet David Harvey diesen Prozess (Harvey, 2003).

Bisher als öffentliche Güter frei nutzbare Naturressourcen werden durch die Vergabe von Anrechten auf die Ausbeutung und Belastung der Natur in exklusive Verfügungsrechte von Privateigentümern verwandelt. Durch die Patentierung entdeckter Gene von Pflanzen, Tieren

und Menschen werden Strukturelemente des Lebens Gegenstand monopolartiger Eigentumsrechte von internationalen Konzernen im Pharma- und Medizinbereich, in der Nahrungsgüter-, Saatgut- und Pflanzenschutzindustrie (Rifkin, 2001: 90 ff.). Ein katastrophal weit reichender Schub der Kommerzialisierung des Gesundheitswesens und die Enteignung von hunderten Millionen Bauern im „Süden“ ist damit eingeleitet (Meixner, 1995). Ebenso ist im Bildungswesen der Privatisierungsprozess im Gange. Das immaterielle Eigentum an Wissen, Information und digitalen Gütern jeglicher Art wird zu neuen Quellen von Milliardenprofiten. Geschäftskonzepte, Geschäftsideen und das Wissen über die Kundenprofile von Millionen Käufern werden zu Monopoleigentum.

Nicht allein biologisches Leben, sondern das Leben von Millionen Menschen als pulsierender sozialer und individueller Prozess wird auch außerhalb der Arbeit zum Objekt der Aneignung und Verfügung kapitalistischer Unternehmen. Immer mehr sind es kommerziell arrangierte Erlebnisse, die das Leben und den Lebensrhythmus von Millionen in erheblichem Maße bestimmen – nach dem Maß des Profits der Erlebnisanbieter: der Musikveranstalter, der Anbieter im Fernsehen, in den Printmedien, im Internet, in den Fußballstadien, in der Freizeit- und Touristikbranche und im Politspektakel. Menschliche Beziehungen werden massenhaft vermarktet und zur Ware. Selbstbestimmung und Demokratie geraten auf immer neue Weise unter die Räder der Eigentums-, Verfügungs-, Verteilungs- und Herrschaftsverhältnisse des Kapitalismus.

Alternative Projekte des Einstiegs in einen emanzipatorischen, von Bürgerinnen und Bürgern selbstbestimmten Entwicklungspfad werden nur dann transformatorischen Charakter gewinnen, wenn sie diesem Privatisierungs- und Enteignungsprozess die Aneignung oder Wiederaneignung der eigenen Lebensbedingungen durch die Individuen und kollektiven Akteure entgegensetzen. Entscheidendes Kriterium ist es, inwieweit jene, die bisher im gesellschaftlichen „Aus“, die „Unten“ gehalten werden, zu aktiven Subjekten der Aneignung der Grundgüter eines selbstbestimmten Lebens werden. Die Alternativprojekte werden nur dann eine höhere Formation gesellschaftlicher Entwicklung vorbereiten können, wenn der Reichtumszuwachs in der Gesellschaft nicht zu Lasten von Freiheitsräumen der Einzelnen geschieht, sondern individuelle und gesellschaftliche Entwicklung zugleich gefördert werden.

Die gegenwärtige Entwicklungsphase der kapitaldominierten Gesellschaften hat ein Grundmerkmal – rund um die Erde geht die Entwicklung dahin, dass die Gerechtigkeit geschleift wird. *Liberalisierung und Privatisierung – das heißt Aneignung nicht allein der Wirtschafts-, Wissenschafts- und Naturressourcen durch das Kapital und die politischen Eliten. Das heißt Aneignung aller Lebensbedingungen und des bestimmenden Einflusses auf das Leben der Menschen selbst durch die ökonomisch und politisch Herrschenden.*

Alle alternative Politik hat einen Gegenpol deutlich erkennbar zu machen. Gerechtigkeit muss zum Maß der Reformpolitik werden – jeder und jedem sozial gleiche Bedingungen für ein selbstbestimmtes Leben in sozialer Sicherheit! Das erfordert, dass die Linke ihren früher verbreiteten Begriff des Eigentums – weitgehend reduziert auf das Eigentum an Produktionsmitteln – im Hegelschen Sinne in einem weiteren Eigentums- und Aneignungsbegriff „aufhebt“.

Gewiss bildet das Eigentum an Wirtschafts-, Wissenschafts- und Naturressourcen weiter den Kern des Kapitaleigentums in kapitalistischen Gesellschaften. Aber allein der Umstand, dass Geldvermögen im Umfang von Hunderten Billionen Dollar sich ausschließlich auf internationalen Finanzmärkten bewegt, ohne in die Produktionssphäre zurückzukehren, verweist bereits darauf, dass Kapitaleigentum nicht auf Eigentum an Produktionsmitteln reduzierbar ist.

Eigentum ist zunächst als gesellschaftliches Verhältnis von Klassen, sozialen Gruppen und Individuen zueinander in Bezug auf Wirtschafts-, Wissens- und Naturressourcen zu verstehen.

Eigentum ist der Prozess der Aneignung dieser Voraussetzungen von Produktion und Dienstleistungen. Es bedeutet Bestimmung oder Verfügung über Organisation und soziale Qualität des Produktions- und Reproduktionsprozesses und Aneignung seiner Resultate durch die Eigentümer.

Aber Eigentum umfasst heute weit mehr als jene Ressourcen, die Macht über die Produktion verleihen. Das Kapitaleigentum oder Eigentum in der Verfügung von exklusiven Machteliten begründet den Ausschluss von Menschen als Nichteigentümer aus wichtigen gesellschaftlichen Zusammenhängen. Verfügungsmacht über das Leben von Millionen Menschen und Macht über deren Inklusion in die Gesellschaft oder ihre Exklusion aus wesentlichen gesellschaftlichen Sphären beruht über Wirtschaftspotenzial hinaus auch auf anderen Ressourcen. (Bourdieu, 1983) Ungleich sind Bildungs- und Kulturre Ressourcen, Information, Sozialkapital als Verfügung über gesellschaftliche Beziehungen, Teilhabe an Leistungen des Gesundheitswesens, die Bedingungen der Selbstbestimmung im Alltagsleben, die Beteiligung an politischen Entscheidungen in der Gesellschaft, der Zugang zu gesunder Umwelt und nicht zuletzt die Verfügung über Macht- und Militärapparate verteilt.

Jene, die vor allem aufgrund ihrer ökonomischen Macht weitgehend über die vielgestaltigen Ressourcen freier Selbstbestimmung des eigenen Lebens verfügen, sind in der Lage, sich den ganzen Reichtum menschlichen Lebens anzueignen – sofern sie als Individuen nicht zu beschränkt dafür sind. Jene, denen es an solchen Ressourcen mangelt, befinden sich eher in Abhängigkeit von den Machteliten. Sie sind deren Anspruch unterworfen, sich mit dem Hauptanteil an gesellschaftlichem Reichtum zugleich die Verfügung über nahezu alle Sphären gesellschaftlichen Lebens anzueignen.

Aneignung ist daher in der jüngeren Zeit zu einem Knotenpunkt gesellschaftlicher Auseinandersetzungen geworden. Die Demontierung einer Filiale von McDonalds durch den französischen Bauernführer José Bové und seine Freunde war ein Symbol des Kampfes um Aneignung. Die Schlichtungsstelle des GATS-Abkommens hatte den USA ermöglicht, nach der Sperre für die Einfuhr von Hormonrindfleisch durch die Europäische Union im Namen des Freihandels Importe aus der EU mit Strafzöllen von 100 Prozent zu belegen. Das betraf u.a. die französischen Produzenten von Schafmilch für den Roquefort-Käse, Bové und seine Kollegen. Sie setzten mit ihrer Aktion gegen McDonalds ein Zeichen gegen die Fremdverfügung über ihre Produktions- und Lebensbedingungen und zugleich auch gegen die uniformierende McDonalds-Kultur (George, 2002: 38 f).

Die „Umsonst-Kampagnen“ in der Bundesrepublik für einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr oder andere öffentliche Leistungen zielen auf die Wiederaneignung von Mobilitätsmöglichkeiten durch alle unabhängig von ihrem Geldbeutel und generell auf sozial gleiche Aneignung öffentlicher Güter im Widerstand gegen deren Privatisierung.

Partizipative Haushalte sind auf die Aneignung von Entscheidungen über die Verwendung öffentlicher Mittel durch die Bürgerinnen und Bürger selbst gerichtet. Ein Einstiegsprojekt in Reformalternativen für die Arbeitswelt hat ebenfalls Forderungen nach Aneignung von Verfügungsmacht der Arbeitenden über die Bedingungen ihrer Arbeit aufzunehmen: Vereinbarkeit von Arbeitszeitregime und Familie, Geschlechtergerechtigkeit in der Neuverteilung von Arbeit, selbstbestimmte Flexibilität und volle soziale Absicherung bei selbst gewählter Teilzeitarbeit und bei freiwilligem Wechsel zwischen Erwerbsarbeit, unbezahlter Familienarbeit und Fortbildung.

Eine steuerfinanzierte bedarfsorientierte Grundsicherung soll der Aneignung der Arbeitskraft durch die Unternehmer zu beliebigen Bedingungen – als Ware zu Niedrigpreisen im Billiglohnsektor – entgegenwirken. Solche Grundsicherung soll ein Mindestmaß eigener Verfügung der Arbeitenden über die eigene Arbeitskraft ermöglichen.

Diese Beispiele verdeutlichen: Eigentum als Verfügungsmacht über Ressourcen und damit über Menschen hat heute weit mehr Dimensionen als in früheren Zeiten. Kapitaleigentum und kapitalistische Aneignung sind allgegenwärtig. Mehr als zu seinen Zeiten gilt heute Marxens Aussage: „Das bürgerliche Eigentum definieren heißt somit nichts anderes, als alle gesellschaftlichen Verhältnisse der bürgerlichen Produktion darstellen. Eine Definition des Eigentums als eines unabhängigen Verhältnisses, einer besonderen Kategorie, einer abstrakten ... Idee geben zu wollen, kann nichts sein als eine Illusion der Metaphysik oder der Jurisprudenz.“ (Marx, MEW Bd. 4: 165). Das heißt aber auch, dass die kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse überall, in den Unternehmen selbst, im politischen Raum, in der alltäglichen Lebenswelt und in der kulturellen Sphäre angegriffen und in Frage gestellt werden können.

In allen Verhältnissen rumort die Frage, ob die Lebensbedingungen und selbst die Lebensverläufe der Bürgerinnen und Bürger von den Eigentümern der Machtressourcen aller Art angeeignet werden, ob also über das Leben der Menschen fremd verfügt wird oder ob sie sich die Bedingungen ihrer Selbstbestimmung selbst aneignen.

Einstiegsprojekte in eine alternative Entwicklung müssen öffentlich erkennen lassen, dass sie geeignet sind, mit dieser Frage emanzipatorisch umzugehen. Der Gebrauchswert der Politik demokratischer Sozialistinnen und Sozialisten besteht darin, ausnahmslos jede in den gegebenen Verhältnissen angelegte Chance für ein Mehr an Bedingungen selbstbestimmten Lebens in sozialer Sicherheit und Würde auszuschöpfen – nicht allein die Möglichkeiten, die im Rahmen von Profitdominanz und Unterordnung unter Weltmarktwänge erreichbar sind, sondern nach und nach auch jene, die ein Zurückdrängen dieser Dominanz bedingen und schließlich darauf hinauslaufen, unternehmerische Gewinninteressen emanzipativen, sozialen und ökologischen Zielen unterzuordnen.

Eine solche transformatorische Politik vereint – wenn sie denn tatsächlich erkennbar praktiziert wird – das mühselige Wirken für die heute und in nächster Zeit möglichen kleinen Schritte demokratischen Wandels und eine sozialistische Opposition gegen die Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die diese Schritte klein halten.

Die hier vorgelegten Überlegungen implizieren, dass die moderne bürgerliche Gesellschaft der Bundesrepublik selbst Tendenzen, Möglichkeiten und Ansatzpunkte für einen emanzipativen Transformationsprozess birgt. Die Schlussfolgerung aus diesem Befund ist, dass es darum geht, diese Tendenzen, die unter dem Arbeitsbegriff der Soziallogik zusammengefasst werden können, gegen alle konservativen Herrschaftsverhältnisse, gegen Privatisierung, Deregulierung und Liberalisierung der Wirtschaft voll zur Geltung zu bringen. Doch dazu bedarf es eines Stück Vision, um den vorherrschenden Glauben abzuschütteln, dass der Weg in die Zukunft mit der Anerkennung der gegebenen Macht- und Reichtumsverteilung, mit Verlusten und Ängsten großer Teile der Bevölkerung gepflastert sein muss. Der Gebrauchswert der PDS – wenn sie denn den demokratischen Sozialismus konsequent als transformatorisches Projekt begreift und in Politik umsetzt – ist, *praktische Reformpolitik mit der Perspektive einer anderen gerechten Gesellschaft in Frieden mit anderen Völkern und mit der Umwelt zu verbinden.* Ihr Gebrauchswert könnte eine so enge Verbindung mit unterschiedlichen kritischen demokratischen Akteuren, mit sozialen Bewegungen und Initiativen werden, dass dies erheblich zu einer breiten Allianz für emanzipativen sozial-ökologischen Wandel beiträgt.

4. Mögliche konkrete Einstiegsprojekte in einen emanzipatorischen Entwicklungspfad

Eine Transformationsstrategie emanzipatorisch-solidarischer Aneignung muss Projekte zu formulieren, die die folgenden Forderungen zugleich erfüllen: bei den fundamentalen sozialen

Problemen ansetzen, Verbesserungen für wesentliche Teile der Bevölkerung, insbesondere der strukturell Benachteiligten, zu ermöglichen, im Massenbewusstsein hegemoniefähig werden können, hinreichende Kräfte in der Gesellschaft mobilisieren und auf eine Transformation zielen. Unter den Bedingungen in Deutschland könnte dies vor allem sein (1) Aufbau von Elementen einer solidarischen Ökonomie von unten, (2) Übergang zu einer alternativen Wirtschaftsstrategie sozial und ökologisch nachhaltigen Wachstums und der Beschäftigung, (3) Einführung einer bedarfsorientierten Grundsicherung und (4) Herstellung der Steuergerechtigkeit. Alles dies muss mit Schritten umfassender

Einstiegsprojekt 1: Solidarische Ökonomie von unten

Auf den Weltsozialforen wurde immer wieder von Ansätzen einer solidarischen Ökonomie von unten berichtet - z.B. Landnahme durch Bewegungen landloser Bauern wie in Brasilien; Projekte gemeinsamer alternativer Lebens-, Arbeits- und Wohnformen; Tauschringe; regionale Beschäftigungsprojekte; Nachbarschaftsläden zur Förderung ökonomischer Selbsthilfe vor Ort; Bewohnerbeteiligung an Stadtteilsanierungsvorhaben; partizipative Haushaltspolitik in Kommunen (Economic Solidarity Group of Quebec, 2003: 91 ff;).

Weltweit können rund 870 Millionen Menschen ohne Arbeit oder in extremer Unterbeschäftigung nicht darauf warten, durch Märkte, von denen sie für lange Zeit ausgeschlossen sind, von verfallenen Staaten oder von reichen Ländern auf wundersame Weise Arbeit zu bekommen. Gerechtigkeit ist kein Segen von oben. Sie muss von unten erobert werden. Das ist die Philosophie einer solidarischen Ökonomie, in der Selbstbestimmung und Konsenssuche, Kooperation und Gleichberechtigung wichtige Werte sind. Die Erfahrungen in Ostdeutschland zeigen, dass selbst enorme finanzielle Transferleistungen nicht dazu führen, dass eine regionale Ökonomie entsteht, die in der Lage wäre, sozial integrativ und nachhaltig zu wirken (Rainer Land). Die Entwicklung von eigenständigen solidarischen Sektoren der öffentlichen Daseinsvorsorge könnte ein Weg sein, der aus der Sackgasse neoliberaler Strategien hinaus führt.

Der neoliberalen Strategie weltweiter Privatisierung – durch GATS und TRIPS massiv forciert (George, 2001; Kaul/Grünberg/Stern, 1999; Fritz/Scherrer, 2002) – werden Prinzipien kollektiver Aneignung der eigenen Lebensbedingungen entgegengesetzt. Der Forderung, dass jede und jeder zum privaten Unternehmer der eigenen Arbeitskraft und Daseinsvorsorge in der Konkurrenzgesellschaft werden möge, laufen Kooperation und Konsenssuche zuwider. Elementare Fragen vor Ort werden mit Maßstäben bearbeitet, die eine Kampfansage gegen die geistige Hegemonie des Neoliberalismus bedeuten. „Einfachste“ Schritte bergen Subversives.

Einstiegsprojekt 2: Sozial und ökologisch nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung

Dieses Einstiegsprojekt verlangt eine Komplexität von Schritten: (1) Stärkung der Binnennachfrage, (2) Einführung eines öffentlichen Zukunftsinvestitionsprogramms, (3) Stärkung der Kommunalfinanzen für regionale Entwicklung, (4) Programme demokratischer nachhaltiger Vernetzung vor Ort und (5) spezielle Programme der Integration von Langzeitarbeitslosen und prekäre Beschäftigten für ein Leben in Würde.

(1) *Stärkung der Massenkaufkraft, Veränderung der Verteilungsverhältnisse* also, das ist der erste Grundgedanke einer alternativen Wirtschaftspolitik. Das herrschende neoliberale Dogma diktiert eine Senkung der Sozialtransfers und Löhne. Aber in reichen wie in armen Ländern gilt: Wer Arbeitsplätze durch Wachstum sichern will, muss dafür eine Binnennachfrage schaffen. „In einer Wirtschaft, deren Wachstum auf ihrem Binnenmarkt beruht, sind wachsende Löhne gut für alle, weil sie die Kaufkraft und die Konsumentennachfrage erhöhen – was der Hauptantrieb für das Wirtschaftswachstum in einer modernen Ökonomie ist. Aber

in einer Wirtschaft, deren Wachstum von Exportmärkten abhängt, sind steigende Löhne ein Problem, weil sie die internationale Konkurrenzfähigkeit belasten.“ (Jeff Faux auf dem Weltsozialforum in Mumbai, 2003: 81)

In Europa heißt das zunächst: Keine Kürzung von Sozialeinkommen und keine Verlängerung der Arbeitszeiten, gesetzliche Mindestlöhne als Barriere gegen Niedriglöhne, Entwicklung der Löhne mindestens entsprechend der Steigerung der Arbeitsproduktivität. Das bedeutet Widerstand als Einstieg in eine andere Wirtschaftspolitik, in der soziale Stabilität nicht als Hemmnis, sondern als Bedingung für Wachstum gilt. Einstieg in eine Perspektive der Umverteilung von oben nach unten gegen den Mainstream.

(2) *Einführung eines öffentlichen Zukunftsinvestitionsprogramms* für Innovation – konzentriert auf Wissenschaft, Technologie und Bildung für jede und jeden. „An sich“ ist dies keine umstürzlerische Forderung, aber sie setzt dem Marktradikalismus das Prinzip öffentlicher Verantwortung und Gestaltung entgegen – Vorbote einer anderen Regulationsweise, die für den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft unabdingbar sein wird. Investitionsentscheidungen bleiben nicht mehr allein Angelegenheit privater Investoren.

(3) Politik von unten zur Veränderung der Gesellschaft erfordert *Stärkung der Kommunalfinanzen im Interesse öffentlicher Daseinsvorsorge und von Aufträgen an die örtliche Wirtschaft sowie als Grundlage einer demokratischen Selbstverwaltung*. Das ist notwendig zur Sicherung elementarer örtlicher Lebensbedingungen. Doch die Konsequenz zielt weiter: Behauptung der öffentlichen Güter gegen die neoliberale Privatisierungsstrategie, Bürgerdemokratie contra Unterwerfung unter Marktgesetze.

(4) Unverzichtbar vor allem für wirtschaftsschwache Regionen sind eine *beschäftigungswirksame und umweltfreundliche, von den Bürgerinnen und Bürgern mitbestimmte Regionalentwicklung und die Förderung von Vernetzungen kleinerer und mittlerer Unternehmen miteinander und mit Wissenschaftseinrichtungen*. Die von Multis bestimmte Globalisierung gilt solcher Forderung nicht mehr als Überlebenschance von Regionen. Bürgerentscheidungen vor Ort über den Einsatz regionaler Ressourcen bedeutet Eingriff in die Eigentums- und Verfügungsverhältnisse.

(5) Dringlich werden spezielle Programme für Langzeitarbeitslose, erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger und langjährig prekär Beschäftigte, die diesen eine langfristige Perspektive in Würde geben. Die Betreuung, das Training, die öffentliche Beschäftigung und die Vermittlung in Arbeit müssen integriert werden. Öffentliche, sozial gesicherte Beschäftigung in Dritten Sektoren läuft wiederum der totalen Privatisierung zuwider.

Auch dies sprengt nicht die Kapitaldominanz, schwächt sie aber ab. Dem Zeittrend zur Ausgrenzung großer Bevölkerungsteile und zu prekärer Beschäftigung unter Niedriglohnbedingungen wird ein anderer Maßstab entgegengesetzt: die Würde des Menschen.

Einstiegsprojekt 3: Bedarfsorientierte Grundsicherung und solidarische Bürgerversicherung für die Gesundheit

Extreme Unsicherheit ist ein Markenzeichen neoliberaler Entwicklung. Die sog. Reformen machen den Menschen Angst und führen zu verbreiteter Zukunftsunsicherheit. Angst verhindert aber einen neuen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufschwung. Alle Kraft geht in die Verteidigungs- und Überlebenskämpfe und nicht in einen zukunftsweisenden Aufbruch. Deshalb fordern wir:

- Schrittweise Einführung einer steuerfinanzierten und bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung für alle Menschen, die dauerhaft oder vorübergehend keine Möglichkeit existenzsichernder Arbeitseinkommen haben. Die EU-Kommission sieht

die Armutsgrenze bei 50 Prozent des nationalen durchschnittlichen Nettoeinkommens der abhängig Beschäftigten. Eine Grundsicherung dürfte diese Grenze nicht unterschreiten. Dies ist gewiss keine systemsprengende Forderung. Gleichwohl weist sie in die Richtung von Grenzüberschreitungen. Sie wäre ein Rückhalt für ein Nein der Lohnabhängigen zu unzumutbaren Arbeitsangeboten ohne die Gefahr ihres vollständigen sozialen Absturzes. Eine bedarfsorientierte Grundsicherung stünde für eine Kernsubstanz von Gerechtigkeit: dass allen Menschen das Lebensnotwendige als ihr elementares Recht zusteht – einfach weil sie Menschen sind. Das Kräfteverhältnis zwischen Unternehmern und Lohnabhängigen würde zugunsten der Abhängigen verschoben. Der Weg zu „Arbeit, billig wie Dreck“ würde versperrt werden. Gegen das Maß des Profits wird das Maß der Menschen gestärkt.

- Zu erarbeiten wäre – an einem Projekt der ILO/Genf anknüpfend -, welche Solidarleistungen des „Nordens“ für den „Süden“ erforderlich wären, um eine den jeweiligen Landesbedingungen angemessene Grundsicherung für Arme auch dort einzuführen.
- Umwandlung der gesetzlichen Krankenversicherung in eine solidarische Bürgerversicherung: Versicherung aller für alle bei sozialer Staffelung der Beiträge. Bisher sind in Deutschland Beamte, Freischaffende, Selbständige und Politiker nicht in die gesetzliche Krankenversicherung eingeschlossen. Ihre Beiträge in privaten Kassen gehen nicht in die solidarische Finanzierung von medizinischen Leistungen für alle ein. Wir wollen das ändern. Der Privatisierung der Vorsorge gegen Lebensrisiken setzen wir die Stärkung des Solidarprinzips entgegen – wider den neoliberalen Zeitgeist.
- Dazu gehört ferner, dass nicht allein die Arbeitseinkommen, sondern die Gesamteinkommen (d.h. auch Einkommen aus Zinsen, Dividenden, Mieten, Pachten) der Einzelnen als Bemessungsgrundlage anerkannt werden. Auch dies bedeutet Eingriff in die Eigentums- und Verteilungsverhältnisse. Das gilt auch für die Forderung nach Anhebung und perspektivischer Aufhebung der Versicherungspflichtgrenze und nach Rückkehr zu einem paritätischen Arbeitsgeberbeitrag, der künftig als Wertschöpfungsabgabe nicht mehr allein an die Lohnsumme zu binden wäre. Einbettung dieser Schritte in Demokratisierung des Systems der Gesundheitsversicherung und in erhöhte Effizienz des Gesundheitswesens.

Einstiegsprojekt 4: Steuergerechtigkeit

Die international agierenden Großunternehmen und Kapitaleigentümer sind in den letzten Jahrzehnten immer weiter aus der sozialen Pflicht als Steuerzahler entlassen worden. Große Einkommen, Vermögen und Erbschaften wurden entlastet, während die Bezüher von mittleren und kleinen Einkommen zusätzlich belastet und die Bezüge für die untersten Gruppen der Bevölkerung drastisch gekürzt wurden. Die Staatshaushalte werden auf Kosten der kleinen Leute saniert. Umverteilung von oben nach unten löst nicht alle Probleme, ist jedoch für eine gerechte Lösung von Problemen und den Einstieg in eine andere wirtschaftliche und soziale Entwicklung unverzichtbar. Deshalb fordern wir für die Bedingungen der Bundesrepublik:

- Wiedererhebung der Vermögenssteuer, Erhöhung der Erbschaftssteuer auf große Vermögen und der Körperschaftssteuer, Besteuerung von Spekulationsgewinnen;
- radikale Vereinfachung des Steuersystems bei Entlastung der unteren Einkommen;

- schrittweisen Abbau von Subventionen, die nicht direkt mit Zukunftsinvestitionen und dem sozialen Ausgleich für unsere Gruppen verbunden sind.

In der Steuerpolitik wie auf allen anderen Feldern linker Politik geht es darum, die Vorzeichen der Aneignung umzukehren.

Literatur

- Bourdieu, Pierre, 1983: Ökonomisches, kulturelles, soziales Kapital. In: Soziale Welt. Göttingen
- Economic Solidarity Group of Quebec, 2003: Resist and Build. In: Fisher, William F./Ponniah, Thomas: Another World is Possible. Selangor/Capetown/London/New York
- Engels, Friedrich, 1963: Einleitung zu Marx' „Klassenkämpfe in Frankreich.“ In: MEW Bd. 22, Berlin
- Faux, Jeff, 2003: A Global Strategy for Labour. In: Fisher, William F./Ponniah, Thomas: Another World is Possible. Selangor/Capetown/London/New York
- Fritz, Thomas/Scherrer, Christoff, 2002: GATS: Zu wessen Diensten? Hamburg
- George, Susan, 2002: WTO: Demokratie statt Dracula. Für ein gerechtes Welthandelssystem. Hamburg
- Harvey, David, 2003: Der “neue” Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung. In: Supplement der Zeitschrift Sozialismus 5/2003
- Harvey, David, 2003: The new imperialism. Oxford
- Kaul, Inge/Grünberg, Isabelle/Stern, Marc. A. (Hrsg.), 1999: Global Public Goods. International Cooperation in the 21st century. New York
- Marx, Karl, 1959: Das Elend der Philosophie. In: MEW Bd. 4,
- Meixner, Irene, 1995: Die Claims werden abgesteckt. In: Die Zeit, 19 Mai
- Wallerstein, Immanuel, 2002: Übergang in eine ungewisse Zukunft. In: Supplement der Zeitschrift Sozialismus. H. 3

Lutz Brangsch

Sozialreform oder Revolution – Fragestellungen im 21. Jahrhundert: Demokratie als Achse der Transformation

Die aufgeworfene Frage verführt zu dem folgenschweren Trugschluss, dass Reform und Revolution Antinomie wären, deren Primat aus rein theoretischen Diskursen zu destillieren seien. Die Frage ist in der Geschichte der Arbeiterbewegung im 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts in erster Linie praktisch bzw. unter praktischem Gesichtspunkt diskutiert worden. Die philosophische Frage nach dem Charakter von Entwicklungen und Entwicklungssprüngen begleitete natürlich diese Diskussion. Mit der Stabilisierung der Gesellschaften nach dem ersten und dann nach dem zweiten Weltkrieg gewann jeweils die theoretische Durchleuchtung und die weltanschauliche Einordnung von Entwicklungskonzeptionen einen viel höheren und anderen Stellenwert.

Hinter der Frage Sozialreform oder Revolution stand und steht die grundlegendere Frage nach der Bewertung von Entwicklungspotenzialen des Kapitalismus, insbesondere der Flexibilität der kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse auf der einen Seite, der Entwicklungspotenziale der Arbeiterklasse und der linken Bewegung, ihrer Ausdifferenzierung und Solidarisierungsfähigkeit auf der anderen Seite. Im Kern geht es so immer noch um die theoretisch wie praktisch relevante Frage, ob das kapitalistische Eigentumsmonopol vom Prinzip her brechbar ist oder nicht. Davon ist die Frage, ob es in diesem Moment, jetzt und heute zu brechen ist, erst einmal deutlich zu unterscheiden. Die Beantwortung der o.g. Frage wiederum setzt eine genaue Betrachtung der Interessenlage der handelnden Gruppen in der Gesellschaft (einschl. der globalen Dimension) voraus. Was macht den Kern des heutigen kapitalistischen Eigentums, also der Monopolisierung der Aneignung der Früchte der gesellschaftlichen Arbeit durch eine bestimmte gesellschaftliche Schicht, unter Ausschluss anderer Schichten, aus? Das seit über einhundert Jahren zu beobachtende (relative) Sinken der Bedeutung des juristischen Eigentumstitels hat sich unter dem Gesichtspunkt der Realisierung des Kapitaleigentums fortgesetzt. Immer wichtiger für die Realisierung kapitalistischen Eigentums ist die Einbindung in oligarchische Strukturen geworden – als EigentümerIn, als ManagerIn, als PolitikerIn, als BeamtIn. Mit Recht sollte diese Schicht als Finanzoligarchie bezeichnet werden. „Verbindungen“ waren schon immer wichtig, aber die Zeiten des edlen Einzelkapitalisten, der mit todesverachtender Risikobereitschaft sein Geld in sein Geschäft wirft, sind schon sehr lange vorbei. Teile des mittleren und kleineren Kapitaleigentums, vor allem im Zulieferbereich und im Dienstleistungsbereich, dürften real nicht mehr in der Lage sein ihre, Eigentumstitel zu realisieren; schließlich bleiben aus dieser Oligarchie gleichfalls die breite Schicht der Scheinselbstständigen und NotgründerInnen weitgehend ausgeschlossen. Prinzipiell ist auch dies keine neue Erscheinung, sie dürfte aber vor dem Hintergrund der immer tiefergehenden gesellschaftlichen Arbeitsteilung wachsende Bedeutung für die Stabilität der Gesamtbeziehungsgeflechte in der Gesellschaft und dabei für die Bewertung der Entwicklungspotenziale kapitalistischen Eigentums wie auch der Widerstands- und Reformpotenziale haben. Dabei ist zu berücksichtigen, dass diese Schicht zu einem nicht unbeträchtlichen Teil aus Menschen zusammensetzt, die die prekäre Selbständigkeit mit ihren Zwängen den Zwängen der Arbeit in einem Unternehmen bewusst vorziehen, durchaus Möglichkeiten der Selbstentfaltung finden und ggf. auch den Übergang in die Oligarchie schaffen. Insoweit dürfte davon auszugehen sein, dass die moderne Finanzoligarchie flexibler

ist als die zu Anfang des vergangenen Jahrhunderts, sie hat sich in dem Maße, in dem gesellschaftliche und darunter vor allem die arbeitsteiligen Beziehungen komplexer geworden sind, durchaus geöffnet, auch wenn diese Öffnung gemeinhin überhöht dargestellt wird. Diese überhöhte Darstellung wie auch die real gegebene Möglichkeit des Übergangs ist ein wesentliches und in seiner Wirksamkeit nicht zu unterschätzendes Moment der Formierung und Integration der Gesellschaft insgesamt.

Ein weiterer aus der Sicht der Finanzoligarchie integrierender Prozess ist damit verbunden, dass Lohnbestandteile in wachsendem Maße direkt an die Entwicklung der Kapitalverwertung gebunden werden. Die fortschreitende Privatisierung der Alterssicherung dürfte dabei der entscheidende Integrationshebel, der durch neue Formen der Organisation von Arbeit und Entlohnung begleitet wird.

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass die Realisierung des Kapitaleigentums im Zuge der Ausdifferenzierung der Arbeitsteilung der dafür relevanten Reproduktionserfordernisse auf der einen Seite immer differenziertere Integrationsmechanismen und auf der anderen Seite Exklusionsmechanismen hervorgebracht hat. Der Grundwiderspruch, dass Entwicklung der Gesellschaft insgesamt bzw. von Teilen der Gesellschaft immer mit dem Ausschluss anderer Teile der Gesellschaft verbunden wird, wird nicht beseitigt. Das Netz der Abhängigkeiten und Interessen ist aber auch so fein gesponnen, dass es kaum möglich ist, es mit einem Schlage zu zerreißen – selbst eine Verstaatlichung als solche bringt wenig, wenn man PolitikerInnen und Staatsangestellte als Teil dieser Finanzoligarchie zulässt. Revolution im Sinne der Zerschlagung der oligarchisch organisierten Aneignung gesellschaftlichen Reichtums ist also nötig – die Frage ist, wie man sie möglich macht.

Wenn man die Frage stellt, wer in diesem System vom Grundsatz her nichts zu verlieren hat, so reicht der Kreis derer aus ökonomischem Gesichtspunkt eigentlich bis in Teile der Oligarchie selbst. Stellt man die Frage anders herum, wer etwas zu verlieren hat (oder meint, etwas zu verlieren zu haben), so reicht auch dieser Kreis weit über die Oligarchie hinaus; dies dürfte auch mit der Erfahrung des Zusammenbruchs des real existierenden Sozialismus zusammenhängen. Vor diesem Hintergrund ist ein Projekt nötig, das Wege zeigt, auf denen die von sehr verschiedenartigen Schichten erfahrenen Begrenzungen, die die heutige Gesellschaftsstruktur auferlegt, aufgelöst werden können, ohne dass partiell gewonnene Freiheiten für Kreativität, Selbstbestimmung, Muße, Individualität verloren gehen. Diese Freiheiten sind neben entwickelter Kooperationsfähigkeit zudem wesentliche Bedingungen für die Effektivität der gesellschaftlichen Reproduktionsprozesse, für Innovation und so ein immer wichtiger werdender Entwicklungsfaktor generell. Die benannten Freiheiten und die Kooperationsfähigkeit sind selbst Elemente eines immer weiter fortschreitenden Vergesellschaftungsprozesses von Arbeit und Produktion, der wiederum in den exklusionsbefördernden Eigentums- und Machtstrukturen seine Begrenzung findet. Ein politischer Ausdruck dieses Widerspruchs ist die beständige Tendenz zum Abbau von Demokratie in wesentlichen Bereichen bei gleichzeitigem Streben, durch den Ausbau demokratischer Elemente in anderen Bereichen dem skizzierten Widerspruch durch die Inkorporation wesentlicher sozialer Gruppen Bewegungsraum zu verschaffen. Dabei wird der Versuch unternommen, durch die Ausweitung formaler Mitwirkungsrechte bei gleichzeitiger Einschränkung realer Mitwirkungsmöglichkeiten eine Quadratur des Kreises zu vollbringen – Erweiterung von Demokratie ohne Folgen für die Machtstrukturen. Die Oligarchie ist sich dabei offensichtlich durchaus bewusst, dass eine Lösung wie des deutschen Faschismus in seiner Qualität als Herrschaft eines Teils der Finanzoligarchie unter weitestgehender Ausschaltung auch scheindemokratischer Strukturen keine tragfähige Lösung ist. Die davon ausgehende Exklusionsdynamik hat letztendlich die Potenziale der Kapitalreproduktion auf längere Sicht untergraben. Eine andere Erkenntnis war, dass eine Beschränkung der Demokratie auch in ihrer Substanz (nicht nur in ihrem Schein) natürlich die

Handlungsfähigkeit von Teilen der Oligarchie behindert, mithin die Widersprüche innerhalb dieser Schicht eher verschärft als löst. Resultante dieser und weiterer Erwägungen ist die Akzeptanz des eliteorientierten Demokratieansatzes von Schumpeter u.a. der den Herrschaftsanspruch und die Mechanismen der Machtverteilung in bürgerlicher Logik vollendet. Die Fortexistenz von Elementen faschistischer Weltbilder auch im Denken der Eliten, die weitgehende Verweigerung einer umfassenden Aufarbeitung der Wirtschaftsgeschichte des Faschismus unter Einschluss der Beziehungen zwischen dem deutschen und den ausländischen Kapitalen und nicht zuletzt die Umdeutung der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges in den letzten Jahren lassen allerdings durchaus eine nicht zu unterschätzende Neigung der Oligarchie zu derartigen Herrschaftsformen erkennen.

Der entscheidende Hebel zur Durchsetzung des Modells „Demokratie ohne Folgen“ ist derzeit die Haushalts- und Finanzpolitik. Die Privatisierung öffentlicher Güter, die Kürzung von Ausgaben im sozialen, kulturellen und Bildungsbereich entzieht demokratischen Verfahren die materielle Grundlage, entzieht den beteiligten Menschen die Möglichkeit, ihre Rechte zu realisieren.

Diese Konstellation lässt vermuten, dass der Kampf um Demokratie eine zentrale Achse bei der Neuformulierung der Frage „Reform oder Revolution“ spielen dürfte. Dies nicht nur aus politischen Gesichtspunkten, sondern auch unter dem Gesichtspunkt der ökonomischen Potenziale, deren Erschließung Demokratie voraussetzen. Der Begriff „Achse“ ist hier durchaus bewusst gewählt. Wenn man von Wegen zur Veränderung von Gesellschaft spricht, kann Demokratie nicht mehr als die Achse, die Leitschnur, die Qualität sein, nicht der Gegenstand selbst. Demokratie offenbart sich in der Realität nur in der Qualität konkreter Politikfelder – also in der Kommunalpolitik, in der Wirtschaftspolitik, in der Unternehmenspolitik, in der Sozialpolitik usw. Insoweit ist Demokratie vor allem tatsächlich Wert, Handlungs- und Verhaltensmaxime. Die breite Akzeptanz der Demokratie als Wert im Zusammenleben, als grundlegende Rückversicherung in komplizierten Lebenslagen wie auch als Wert an sich unterstützen eine solche Sichtweise und fundieren ein gemeinsames Interesse verschiedener sozialer Schichten, somit auch eine Bündnispolitik in diesem Bereich. Demokratie bedeutet dabei Demokratie in allen Bereichen des Lebens – geht also über den Rahmen der Kommunalpolitik hinaus.

Was heisst es aber nun, Demokratie über den Rahmen der inkorporierend-partizipativen Demokratie hinauszutreiben, zu einer emanzipativ-partizipativen Demokratie hin?

Demokratie ist ihrem Wesen nach ein Machtverhältnis, das seine Basis in der Möglichkeit und Wirklichkeit politischer Kompromisse findet. Die bürgerliche Demokratie, und nur von ihr ist hier die Rede, hat diese Kompromisse im Kontext der Inkorporation bisher immer wieder vermitteln müssen und vor allem auch können. Diesen Sachverhalt muss man einfach hervorheben, da der real existierende Sozialismus in allen seinen Ausprägungen dies nicht hat leisten können. Allein dieser Fakt deutet darauf hin, welche weitreichende Entwicklungspotenziale dieser Kapitalismus unter dem Druck außerordentlich scharfer Widersprüche hat entwickeln können. Macht wurde dabei insoweit geteilt, als dass neue Rahmen für das Handeln bestimmter sozialer Gruppen geschaffen wurden, also ihre Artikulationsmöglichkeiten in der Gesellschaft erweitert wurden. Dies brachte sie immer auch gegenüber anderen Gruppen in eine privilegierte Stellung. Mithin war die Erweiterung des Spektrums demokratischer Regularien grundsätzlich (das heißt also meistens) nicht mit einer Verstärkung solidarischer Beziehungen in der Gesellschaft, sondern lediglich mit einer Neuordnung, ggf. auch mit einer Verschärfung der Konkurrenz unter den verschiedenen sozialen Gruppen verbunden. Dieser einfache Fakt erklärt es, warum das System derartige Erweiterung demokratischer Rechte i.d.R. ohne größere Erschütterungen verdauen konnte. Demokratie ist so einbeschrieben in eine der Grundbewegungsformen der Kapitalverhältnisse, in die Konkurrenz. Das ist das Grundmerkmal inkorporierend-partizipativer Demokratie – wir

finden dieses Grundmuster in Deutschland, wir finden es genauso in der US-amerikanischen kommunitaristischen Theorie und Praxis oder in den Empowerment-Strategien der Weltbank oder in den wohlfahrtsökonomischen Ansätzen von A. Sen oder in Theorie und Praxis der von Muhammad Yunus gegründeten Grameen-Bank.

Den inkorporierend-partizipativen Demokratieansatz zu überschreiten bedeutet auf der konzeptionellen Ebene eine solche Konstruktion von Demokratieprojekten, die nicht einfach von einem Gegensatz Staat-Zivilgesellschaft ausgehen, sondern bewusst das Kräftedreieck Gesellschaft-Staat-Oligarchie in den Mittelpunkt stellen. Die Frage darf nicht einfach sein, „wie löse ich *mein* Problem“, sondern welche Problemlösung ist *solidarisch*. Neben die Frage der Veränderung der Verhältnisse zugunsten bestimmter Akteure tritt damit die Frage der bewussten Selbstveränderung der Akteure im Sinne der Stärkung der Solidarität gegen die Oligarchie, wobei sich vor einem solchen Hintergrund die Frage nach der Rolle des Staates und von Regierungsbeteiligungen neu und anders stellt.

Natürlich kann nun eingewandt werden, dass sich Akteure in ihrem Tun immer selbst verändert haben. Das ist richtig, trifft aber nicht das tatsächliche Problem. Das praktische Problem ist das Verstehen dieser Selbstveränderung durch die Akteure selbst und die Fähigkeit zu einer Korrektur eigenen Handelns. Schließlich triumphierte immer wieder das Bestreben nach Wahrung der Organisationsidentität gegenüber konsequenter Problemlösung, die ggf. auch Organisationen in Frage stellen könnte.

Tatsächlich sind die brasilianischen Erfahrungen partizipativer Haushaltspolitik praktischer Ausdruck erster Umriss einer emanzipativ-partizipativen Demokratiekonzeption, wie sie Europa bisher nicht kennt. Das Herauslösen eines demokratischen aus der Organisationsfixiertheit und das in dem Prozess selbst angelegte beständige „sich-selbst-in-Frage-stellen“ markieren einen neuen Zugang zur Verbindung von Demokratisierung und Solidarisierung, in diesem Sinne tatsächlich einer „emanzipativen Transformation“ (Brie/Rauber S.3). Transformation erhält so einen fassbaren und realistischen Inhalt – Transformation als Einheit von Veränderung und Selbstveränderung.